

Heidelberger Memorandum

Runder Tisch „Zukunftsfähige Bildung“

- I. VORSCHLAG
- II. ANLAß
- III. AUFGABEN UND ZIELSETZUNGEN
- IV. MODELL

I. VORSCHLAG

Unser Bildungssystem ist in seiner derzeitigen Verfassung nicht zukunftsfähig. Die vielfältigen Herausforderungen der Wissensgesellschaft nötigen zu einer Neuorientierung auch der Bildungspolitik. Eine solche Neuorientierung könnte durch eine eigene Instanz zur Beratung der politischen Entscheidungsträger wesentlich erleichtert werden. Diese Instanz sollte den ständigen Dialog mit der interessierten Öffentlichkeit suchen und in der Lage sein, sektoral getrennte Entwicklungen miteinander zu verknüpfen und Handlungsmöglichkeiten zu formulieren, ohne verfassungsmäßige Zuständigkeiten und politische Verantwortlichkeiten zu verletzen. Dafür gibt es weder in Deutschland noch im Ausland überzeugende Vorbilder.

Unser Vorschlag lautet, einen

Runden Tisch „Zukunftsfähige Bildung“

einzurichten.

Die entscheidenden Merkmale dieser Institution liegen in der Dauerhaftigkeit, Unabhängigkeit und Politiknähe ihrer Tätigkeit wie auch in der Kompetenz der Persönlichkeiten, die ihn besetzen. Von diesem Runden Tisch sollen wirksame Impulse und Vorschläge für die bildungspolitischen Entwicklungen in den nächsten fünf bis zehn Jahren ausgehen, die nicht – wie die Reformvorschläge der letzten Zeit – im Geflecht der unterschiedlichen Institutionen versanden.

II. ANLASS

Europas Zivilgesellschaften sind politisch und kulturell für die Zukunft schlecht gerüstet. Sowohl das 1995 von der EU-Kommission herausgegebene Weißbuch „Lehren und Lernen – Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft“ als auch der UNESCO-Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert „Lernfähigkeit - Unser verborgener Reichtum“ von 1997 sprechen eine hinreichend deutliche Sprache.

Wie die soeben fertiggestellte Delphi-Studie „Potentiale und Dimensionen der Wissensgesellschaft - Auswirkungen auf Bildungsprozesse und Bildungsstrukturen“¹ zeigt, wird die tiefgreifende Umbruchsituation von sehr vielen Menschen als einschneidende Veränderung wahrgenommen. Dagegen fehlt es noch an politikfähigen Handlungsansätzen, um den bevorstehenden „Paradigmenwechsel“ (Delphi-Studie) von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft zu meistern.

Wissen war immer eine wesentliche Ressource gesellschaftlicher Produktivität und Prosperität. Die Komplexität des heute durch Forschung produzierten und durch Technologie vermittelten Wissens befindet sich seit einiger Zeit aber in einer exponentiellen Steigerung. Gleichzeitig wächst die Abhängigkeit sowohl des Einzelnen als auch der gesamten Gesellschaft von diesem Wissen. Maßgebliche Elemente der neuen Situation spiegeln sich auf unterschiedlichen Ebenen unserer sozialen Wirklichkeit wider:

Arbeit: Erwerbsarbeit im herkömmlichen Sinn wird es künftig nicht mehr für alle geben. Zu den wesentlichen Ursachen dieser Entwicklung zählen die fortschreitende Rationalisierung der Arbeitswelt und die zunehmende weltweite Arbeitsteilung. Auch aus diesen Gründen muß der reiche Norden von Produktionsformen und Konsumgewohnheiten Abschied nehmen, die den bisherigen Wohlstand garantierten.

Flexible Arbeitszeiten erfordern eine aktive, informierte und reflektierte Gestaltung der Lebenszeit. Unsere Gesellschaft ist auf die Arbeitsmarktveränderungen ebenso wenig eingestellt wie auf die damit verbundene Zunahme sozialer Instabilität. Immer weniger junge Erwerbstätige müssen zukünftig für die Gesamtheit der sozialen Sicherungsleistungen aufkommen, wenn der „Generationenvertrag“ nicht geändert wird.

Demokratie: Demokratie als Lebensform wird in unserer Gesellschaft noch nicht hinreichend praktiziert und ist noch nicht genügend gefestigt. Zudem gefährden die wachsende Ungleichheit, der Verlust an Solidarität und der

¹ Delphi-Befragung 1996 / 1998 „Potentiale und Dimensionen der Wissensgesellschaft - Auswirkungen auf Bildungsprozesse und Bildungsstrukturen.“ Im Auftrag des Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie durchgeführt von Prognos und Infratest Burke, München/Basel, März 1998.

Mangel an wirtschaftlicher Stabilität unsere vergleichsweise noch junge demokratische Ordnung.

Demokratie wird immer noch zu sehr nur als Staatsform und zu wenig als Gestaltungsprinzip aller Lebensbereiche in der Zivilgesellschaft verstanden. Zunehmende Anonymisierung und gesteigerte Komplexität sozialer Verläufe erschweren die Identifikation des Einzelnen mit der im Grundgesetz verankerten Demokratie. Diese Situation wird verschärft durch die verhältnismäßig schwache Stellung der Bürger und ihrer Selbstorganisation im Verhältnis zu den politischen Parteien.

Wissen: Im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft erleben wir gegenwärtig einen dramatischen kulturellen, sozialen und ökonomischen Wandel. Quantität und Qualität der Ressource „Wissen“ bilden ein so noch nie dagewesenes Potential zur Gestaltung künftiger gesellschaftlicher Entwicklung. Ohne geeignete Orientierungskriterien für die Ordnung, die Verknüpfung und das Management von Wissen drohen gefährliche Fehlentwicklungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Die fortschreitende Ausdifferenzierung der Wissenschaften in Verbindung mit einer immer leistungsfähigeren Informations- und Kommunikationstechnik droht das unentbehrliche Erfahrungswissen zu verdrängen. Insgesamt wächst zwar die Bedeutung des Wissens als Ressource und Legitimation sozialen Handelns wie auch als ökonomische Produktivkraft zu Lasten von Arbeit und Kapital; in Folge seiner Unüberschaubarkeit führt das Wissen aber gleichermaßen zu Unsicherheit und Desorientierung.

Nachhaltigkeit: Das ökologische Problem des angemessenen Umgangs der Menschen mit der Natur hat inzwischen zur Frage nach den Bedingungen des Überlebens der Gattung Mensch geführt. Das Prinzip der Nachhaltigkeit dient dazu, diesen Bedingungen zu entsprechen, ohne die Funktionszusammenhänge von Ökonomie und Gesellschaft außer Acht zu lassen. Auf diese Herausforderung ist die Mehrzahl der Politikfelder nicht eingestellt.

Die Vereinten Nationen haben in der Agenda 21 aus dem Jahre 1992 im Interesse einer weltweit nachhaltigen und damit dauerhaft umweltgerechten Entwicklung gefordert, ökonomische, ökologische und soziale Entscheidungsprozesse nicht gegeneinander auszuspielen, sondern sie künftig als eine immer neu herzustellende Einheit zu betrachten. Es geht dabei um die lebensnotwendige Einbindung der Zivilisationssysteme in das sie tragende Netzwerk der Natur. Dies setzt einen grundlegenden Bewußtseins- und Wertewandel und ein darauf aufbauendes neues Verständnis von Lebens- und Umweltqualität ebenso voraus wie von Wohlstand und Fortschritt.

Lernen: Die Delphi-Studie formuliert prägnant die neuen Anforderungen an die personale, soziale, instrumentelle und methodische Kompetenz des Einzelnen, die man braucht, um zukünftig in der Wissensgesellschaft bestehen zu

können. Insgesamt müssen wir neu und anders lernen. Damit stellt der Wandel nicht nur die bisherige Organisation und Institutionalisierung des Lernens von Grund auf in Frage; er verlangt die Entwicklung der informierten zur „lernenden Gesellschaft“.

Jährlich werden in der Bundesrepublik Deutschland aus öffentlichen und privaten Mitteln 270 Milliarden DM für ein Bildungswesen aufgewandt, dessen Effizienz fraglich ist. So wird bei der Verwendung dieser Mittel zu wenig auf die Herstellung eines neuen Verhältnisses zwischen organisiertem und selbstbestimmtem Lernen, zwischen Grundbildung und lebenslangem Lernen, zwischen den klassischen Medien des Lernens und den neuen Medien wie auch zwischen erworbenem und angewandtem Wissen geachtet.

III. AUFGABEN UND ZIELSETZUNGEN

Die hier nur knapp umrissene Umbruchsituation fordert vielfältige Korrekturen auf den verschiedenen Feldern der Politik. Dies betrifft in zentraler Weise auch die Bildungspolitik und das Verständnis von Bildung selbst. Bildung darf sich niemals gänzlich singulären Zweckbestimmungen (wie etwa der ausschließlich ökonomischen Verwertbarkeit) unterordnen. Bildung ist ein Eigenwert. Gleichwohl bestimmt sich dieser Eigenwert im Rahmen einer unauflösbaren Interdependenz mit wesentlichen Elementen unserer Lebenswelt:

Arbeit: Arbeitswelt und Lernwelt bedürfen wechselseitiger Vermittlung. Lebenslanges Lernen - parallel zur wie auch in Zwischenphasen der beruflichen Tätigkeit - muß Praxis werden. *Ebenso muß das Bildungswesen auf die Veränderungen der Arbeitsweisen und die neuen Formen der Arbeitszeitgestaltung vorbereiten.*

Demokratie: Demokratie als politische Form hat die Entscheidungen von Mehrheiten zu legitimieren und die Rechte von Minderheiten zu schützen. Demokratie als Lebensform hat die Differenz von Lebensweisen und Kulturen zu ermöglichen und zu sichern. Der Mensch wird nicht als Demokrat geboren: *Demokratisches Denken und Handeln muß erlernt und eingeübt werden.* Die politischen Parteien haben kein Monopol zur Gestaltung der politischen Verhältnisse. Die Schule und andere Lernorte müssen mehr Möglichkeiten der aktiven Einübung in die Zivilgesellschaft und ihrer Mitgestaltung bieten.

Wissen: *Wissen kann überhaupt nur durch Bildung erschlossen werden.* Der Zugang zu und der Umgang mit Wissen wird vor allem durch Allgemeinbildung und berufliche Qualifikation nebst Nutzung der kulturell-technischen Infrastruktur (Bibliotheken, Datenbanken etc.) vermittelt. Der Einzelne benötigt nicht nur bestimmte Kompetenzen, sondern ebenso sehr ein inhaltliches Basiswissen, das von Grundlagen etwa der Philosophie, Religion, Biologie, Technik u.a. über Alltagswissen bis zu Kenntnissen aktueller Probleme reicht. Es ist unabweisbar, alle politikleitenden Begriffe (Bildung, Erziehung, Qualifikation etc.) auf ihre künftige Tragfähigkeit hin zu überprüfen und für neue Deutungen, Gewichtungen und Zuordnungen einen Konsens in der Gesellschaft zu suchen.

Nachhaltigkeit: Ein Mangel an Respekt vor der Natur und ihren Abläufen kann über kurz oder lang zum Ende der menschlichen Zivilisation führen. Die Bewahrung und notfalls Wiederherstellung naturgemäßer Gleichgewichte und Kreisläufe liegt im Interesse der Menschen als Teil der Natur und in der Verantwortung des Verursachers. Dazu bedarf es entsprechender Erziehung auf

der Basis ethischer Grundlagen, die geeignet sind, zur Ausbildung eines ökologischen Bewußtseins beizutragen. *All das muß spätestens in der Schule beginnen, einer Schule, die Ökologie nicht nur als ein Fach unter anderen lehrt, sondern die selbst ökologisch arbeitet, um so auf praktische Lösungen vorzubereiten.*

Lernen: Das Bildungswesen erfüllt bisher zu wenig seine Aufgabe, *Neugier, Phantasie und Lernbereitschaft, wie sie den meisten Kindern eigen sind, für das ganze Leben zu erhalten*, die fachlichen, methodischen, personalen und sozialen Kompetenzen gebündelt zu vermitteln und das lebenslange Lernen in den Mittelpunkt zu stellen. Eine wesentliche Ursache für die systematische Demotivation der vorherrschenden Lernpraxis liegt darin, daß die vorhandenen Grundlagen des Lernens disziplinar verstreut sind. Sie müssen zusammengetragen und miteinander in Bezug gesetzt werden. An einzelnen konzeptionellen Ansätzen und gelungenen Beispielen für praktizierte Interdisziplinarität fehlt es nicht. Ihre Wirkungen aber verpuffen im Gesamtsystem. Nötig ist daher eine systematische, bildungspolitisch motivierte und legitimierte Anstrengung der Kräfte im Sinne eines mehrjährigen Schwerpunktprogramms.

Die fällige Neuorientierung der Bildungspolitik kann nur unter Berücksichtigung ihrer Wechselwirkung mit den genannten politischen Ebenen und Problemfeldern erfolgen. Die Bewältigung der Herausforderung durch die Wissensgesellschaft und die Erhaltung unserer demokratischen Grundlagen bedingen sich gegenseitig. Unter dem Gesichtspunkt der globalen Vernetzung eines erheblichen Teils unserer Lebensprozesse und der sich vollziehenden Europäisierung unserer politischen Institutionen spitzen sich die skizzierten Probleme noch zu. Im Gegensatz dazu orientiert sich unser Bildungswesen nach wie vor fast ausschließlich an nationalen oder regionalen Kriterien. Die Erziehung zum europäischen Bürger gehört noch kaum zu den erklärten Zielen unserer Bildungsgänge. Hinzu kommt die steigende Tendenz zu einer vorwiegend ökonomischen Betrachtungsweise der Verwendung von Bildung und Ausbildung. Unsere Bildungspraxis übt außerdem zu wenig in die naturwüchsig bereits entstandenen interkulturellen Lebenszusammenhänge der Menschen ein. Sie genügt auch nicht den elementaren Kriterien der Chancengleichheit bei Beachtung individueller Unterschiede in Herkunft, Begabung oder Geschlecht.

IV. Modell

Die unter III genannten Aufgaben und Zielsetzungen kann der Bildungsbereich mit seinen derzeitigen Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen nicht aus eigenem Vermögen bewältigen. Rechtsstaatsprinzip und föderale Struktur bedingen eine vertikale und horizontale Aufgliederung der Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Finanzierungs- und Planungszuständigkeiten, also einerseits zwischen Bund und Ländern sowie andererseits zwischen den Ressorts der einzelnen Exekutiven. Im Bildungsbereich besteht überdies traditionell eine besondere Kompetenzüberlagerung. Es bedarf daher einer integrierten Politik und hierfür wiederum einer Einrichtung, die den Gesamtprozeß einer auf die Entfaltung der Wissensgesellschaft bezogenen Bildungsreform über längere Zeit konzeptionell inspiriert und in der öffentlichen Debatte hält. *Dies erfordert, eine unabhängige, gesamtgesellschaftlich angelegte und gesamtstaatlich tätige Beratung der Bildungspolitik aufzubauen.*

Nach Vergleich und Abwägung mit früheren Foren auf Bundes- und Länderebene wird die Einrichtung eines

Runden Tisches „Zukunftsfähige Bildung“

in folgender Organisationsform vorgeschlagen:

- Der Runde Tisch soll mit bis zu sechs angesehenen und unabhängigen Persönlichkeiten besetzt werden. Ihre Auswahl soll die Aspekte Ost und West, Frauen und Männer, Natur- und Sozialwissenschaften berücksichtigen. Sie werden für die Dauer von fünf Jahren berufen. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, aus einer gemeinsamen Gesamtschau diejenigen dringlichen Themen auszuwählen, die Reformen im Bildungswesen erforderlich machen und deshalb in den gesellschaftlichen Dialog eingeführt werden sollen. Von den Mitwirkenden wird erwartet, daß sie für diese Position erkennbar einstehen.
- Die jeweils ausgewählten Themen werden in einem erweiterten Kreis von Experten behandelt. Dieser Kreis setzt sich jeweils nach Themen und entsprechender Sachkunde verschieden zusammen. Nach Abschluß der Beratung endet der jeweilige Beratungskreis mit der Vorlage der Ergebnisse (in der Regel Problemdarstellungen, Lösungsmöglichkeiten und Empfehlungen).

- Die vom Runden Tisch zu bearbeitenden Themen werden sowohl auf ihre internationalen und europäischen, aber auch auf ihre nationalen und regionalen Bezüge geprüft. Je nach Bedarf werden ausländische Experten zu den entsprechenden Beratungskreisen hinzugezogen.
- Zur vorausgehenden vertiefenden Bearbeitung können Expertisen oder Gutachten vergeben werden, die später der Öffentlichkeit zum Beispiel als Schriftenreihe oder über das Internet zugänglich gemacht werden.
- Die Veröffentlichung von Beratungsergebnissen und die Koordination des jeweiligen gesellschaftlichen Dialoges liegen in der Hand des Sekretariats des Runden Tisches. Die Formen des Dialoges schließen die Nutzung unterschiedlicher Medien ein.
- Der organisatorische Aufwand des Sekretariats soll gering gehalten werden. Es sollte nur wenige hauptamtlich Beschäftigte geben. Der hauptverantwortliche Sekretär des Runden Tisches könnte auch ein erfahrener „One-Dollar-Man“ sein. Dem Runden Tisch steht jährlich ein Fonds zur Verfügung, aus dem die notwendigen Ausgaben für die Zusammenkünfte, die Vergabe von Aufträgen, die Veröffentlichungen etc. bestritten werden.

Das so umrissene Modell erlaubt manche Variation. Erhalten bleiben sollten jedenfalls die offene Struktur in ihrer Verbindung von teils gesamtgesellschaftlichen und teils basisorientierten Sichtweisen sowie die Kooperation von Geistes- und Sozialwissenschaften mit Natur- und Technikwissenschaften.